

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/145

2. August 1976

Feststellungen zu Montreal 1976

---

Die Olympischen Spiele aus sozialdemokratischer Sicht

Von Manfred Wende MdB

Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Es gibt keine Alternative zur Entspannung!

---

Nüchterne Ergebnisbilanz des ersten Jahres der KSZE

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses für  
Abrüstung und Rüstungskontrolle

Seite 3 bis 5 / 102 Zeilen

Im Dienst der Sicherung des Friedens auf den Meeren

---

Globale Aufgaben der Dritten Seerechtskonferenz in  
New York

Von Horst Grunenberg MdB

Sprecher der Arbeitsgruppe Seerecht der SPD-Bundestags-  
fraktion

Seite 6 und 7 / 86 Zeilen

Entlastungsversuch für Erich Honecker?

---

Zur Prüfung der Beweggründe für die Moskauer Angriffe

Seite 8 und 9 / 58 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 405  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 08 88 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Feststellungen zu Montreal 1976  
-----

Die Olympischen Spiele aus sozialdemokratischer Sicht

Von Manfred Wende MdB

Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Ausgang der Olympischen Wettbewerbe 1976 in Montreal hat die Tatsache bestätigt, daß die deutschen Sportler Gelegenheit hatten, sich im Rahmen unserer Möglichkeiten gut und konzentriert auf die Olympischen Spiele 1976 vorzubereiten. Durch die insgesamt erfreuliche Bilanz hat sich auch die seit 1969 eingeleitete Sportpolitik im Bereich des Bundes als richtig und erfolgreich erwiesen.

Besonders aus deutscher Sicht hat Montreal deutlich gemacht, daß nüchterne und sachliche Vorbereitung letztlich beständiger ist als überzogene Showeffekte. Die die olympische Szenerie belebenden Erfolge der nicht "geetzten" Athleten - vor allem aus der Bundesrepublik Deutschland - werfen Fragen im Hinblick auf das teilweise zu starre Normengerangel von Montreal auf. Legt man die inoffizielle Medaillenbilanz zugrunde, hat der Spitzensport der Bundesrepublik Deutschland seine Position gegenüber anderen Ländern mit westlich-demokratischen Gesellschaftsordnungen verbessert. Die spektakuläre Erfolgswelle der DDR und der UdSSR muß hingenommen werden.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat anlässlich der Olympischen Spiele in Montreal mit großer Aufmerksamkeit erklärt, daß Medaillen allein nichts über die Gerechtigkeit, die Freiheit und die Menschlichkeit eines politischen Systems aussagen. Aus dieser Tatsache leitet die SPD die Selbstverständlichkeit ab, daß den Sportlern unseres Landes kein bedingungsloses Medaillenmarathon nach der Devise "Wettkampf der Systeme" abverlangt werden darf. Die Erfolge von Sportlern aus der

Deutschland haben die unverzichtbaren Prinzipien der Freiwilligkeit und eines humanen Leistungsportes bewiesen und bekräftigt. Dem gefährlichen Problem der "medizinischen Hilfen" - bis hin zu Persönlichkeitsveränderungen - muß absolute Prüfungsvorrang eingeräumt werden.

Entsprechend unseren gesellschaftlichen Gegebenheiten hat die SPD ihre sportpolitischen Zielsetzungen frühzeitig dargelegt und zeitgerecht fortentwickelt. Dazu gehört, daß die Förderungsmöglichkeiten für den Sport in Schulen und Hochschulen, der Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz und der Polizei weiter verbessert werden. Die Bundeswehr hat sich mit ihren Förderungsmöglichkeiten in Montreal als ein zuverlässiger Partner des Sports in unserem Lande erwiesen.

Diese Bereiche bieten ein breites Spektrum individueller Entfaltungsmöglichkeiten im Sport. Gleichzeitig muß die Weiterentwicklung des Freizeit-, Breiten- und Erholungssports uneingeschränkt vorangetrieben werden.

Montreal hat deutlicher als jemals zuvor die Erkenntnis gebracht: In einer hochpolitisierten Welt steht die Universalität des Weltaports vor einer schweren Bewährungsprobe. Durch die afro-arabischen Boykottaktionen hat sich die olympische Weltbewegung von dem Prinzip der "Teilnahme aller" ein erhebliches Stück entfernt. Interessant ist dabei, daß die UdSSR mit ihren besonders verbundenen Nachbarstaaten nicht bereit ist, allen Forderungen dieser Länder nachzugeben.

Aus dieser Situation und der Tatsache heraus, daß die nächsten Olympischen Spiele 1980 in Moskau ausgetragen werden, kann das Internationale Olympische Komitee die Kraft zu tragfähigen Kompromissen und zur Entwicklung neuer Formen der Mitwirkung aller Glieder der olympischen Weltbewegung finden. Insofern brachte Montreal 1976 - ungeachtet aller Querelen - die Erkenntnis, daß "beharrlicher Konservatismus" ebenso gefährlich ist, wie das Nachgeben gegenüber revolutionären und existenzgefährdenden Drohungen. (-/2.8.1976/mie/e)

+ + +

Es gibt keine Alternative zur Entspannung!

Nüchterne Ergebnisbilanz des ersten Jahres der KSZE

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Vorsitzender des Bundestags-  
unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Ein Jahr nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki lohnt sich der Versuch, einmal eine erste Bilanz der inzwischen bei der Verwirklichung der Beschlüsse gewonnenen Erfahrungen zu ziehen. Dabei muß jedoch eingeräumt werden, daß ein Jahr für die Entwicklung des komplexen Themenbereiches der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eine relativ kurze Zeitspanne ist. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß die seinerzeit von der Opposition vorausgesagten nachteiligen Auswirkungen der Konferenz für den Westen überhaupt nicht eingetreten sind. Dies wird in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Koalitionsfraktionen deutlich, die am 12. Juli veröffentlicht worden ist.

Die politische Bedeutung der KSZE erschließt sich, wenn man sie in den außenpolitischen Prozeß der letzten Jahre einordnet. Die friedliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil hat im westlichen Teil Europas aus jahrhundertlangen Erbfeinden Freunde und Verbündete werden lassen. Die Konferenzteilnehmer waren sich jeden Augenblick natürlich bewußt, daß eine wirtschaftliche und soziale Integration von dem Ausmaß, wie es in Westeuropa erreicht wurde, zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nicht möglich ist. Die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Gegensätze wurden durch die Konferenzen nicht beseitigt. Auch ist das Netz der Zusammenarbeit allein nicht stark genug, um Krisen unbeschädigt überstehen zu können. Nach wie vor beruht daher die Sicherheit des Westens auf der Stärke und dem Zusammenhalt des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses. Ohne diese Sicherheit im Hintergrund wäre auch die realistische Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition nicht denkbar.

Trotz aller außenpolitischen Schwierigkeiten innerhalb des eigenen Bündnisses zwischen Ost und West und Nord und Süd kann heute nach sieben-

jähriger sozialliberaler Außenpolitik festgestellt werden, daß alle westeuropäischen Staaten, die Vereinigten Staaten und Kanada sich in der Konzeption der Außen- und Entspannungspolitik einig sind. Die KSZE ist ein Baustein in dieser Politik.

Die USA sind durch die KSZE näher an Europa herangerückt. Die EG ist gestärkt aus der Konferenz hervorgegangen; sie wird inzwischen auch von den Warschauer Pakt-Staaten offiziell als Verhandlungspartner anerkannt. Die Neutralen stimmen mit uns überein. Alle Regierungen, auch die Konservativen in Westeuropa und USA, akzeptieren das Ergebnis. Keine parlamentarische Oppositionspartei in anderen Staaten lehnt die Ergebnisse ab. Es gibt nur zwei Ausnahmen: die albanische Regierung und die parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, die CDU/CSU. Sie hat die Grundlagen der neuen Außenpolitik immer bekämpft, und sie hat sich deshalb auch von Anfang an gegen die KSZE gewehrt. Sie vertritt damit im westlichen Lager eine völlig isolierte Position.

Ein Jahr nach Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte sind u. a. folgende Entwicklungen eingetreten, die zur Verbesserung der Atmosphäre beitragen:

1. Die Konferenz hat sich zwar nicht unmittelbar mit Fragen der Abrüstung befaßt, sie hat jedoch vertrauensbildende Maßnahmen, die Ankündigung und Beobachtung von Manövern vereinbart. Die Sowjetunion hat zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte Manöver angekündigt und dazu auch Beobachter aus NATO-Staaten eingeladen. Die Disposition über die Streitkräfte des eigenen Landes ist ein zentrales Element der Souveränität jedes Staates. Diese Regelung ist ein Politikum ersten Ranges. Mit der Verpflichtung zur Ankündigung von Manövern akzeptieren alle europäischen Staaten zum ersten Mal das Interesse der Nachbarstaaten an der eigenen Sicherheitspolitik. Eine politisch psychologische Barriere eines 30-jährigen Mißtrauens wurde durchbrochen.

2. Seit August 1975 haben die Familienzusammenführungen z. T. erheblich zugenommen. Die monatliche Zahl der deutschen Aussiedler aus der Sowjetunion ist von 364 im August 1975 auf 1129 im April 1976 gestiegen. Die aus Polen von 358 im August 1975 auf 2528 im Mai 1976. Im Bereich der "menschlichen Kontakte" sind bisher u. a. folgende Einzelmaßnahmen bekanntgeworden: Die Sowjetunion hat die Gebühren für die Ausstellung von Reisepässen um 25 vH gesenkt; Kinder unter 16 Jahren werden kostenlos in die Familienpässe eingetragen, eine Erleichterung, die praktisch einer Gebührenbefreiung gleichkommt; die bei Stellung des Ausreiseantrags fälligen Gebühren wurden gleichfalls um 25 vH gesenkt. Für Journalisten gibt es inzwischen die Erteilung von Mehrfachvisa sowie schrittweise Erleichterungen für Reisen innerhalb der Sowjetunion, und der ARD-Vertreter in Moskau darf seit Januar 1976 mit eigenem Kameramann filmen.

Mehr Bewegungsfreiheit, mehr Kontakte zwischen den Menschen und ein verstärkter Fluß von Informationen sind für uns fester Bestandteil

der Entspannungspolitik. Deswegen haben die westlichen Staaten versucht und erreicht, daß Fragen der Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen als Tagungsordnungspunkt drei in die KSZE eingeführt worden sind. Aus dem Konferenzergebnis geht klar hervor, daß Punkt für Punkt die Hindernisse, die der Bewegungsfreiheit der Menschen und dem Informationsfluß entgegenstehen, angesprochen und Regeln für die Verbesserungen empfohlen worden sind. Dabei hat sich der westliche Maßstab von Freizügigkeit durchgesetzt. Seit der Spaltung Europas in Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist dies die erste Konferenz in Europa, auf der die humanen Wertvorstellungen, wie sie sich aus der europäischen Geschichte entwickelt haben, Plattform für eine gemeinsame Willenserklärung wurden.

Die SPD/FDP-Koalition ist realistisch genug zu wissen, daß in Europa und in der Welt die Entspannungsergebnisse nicht wie reife Früchte von den Ääumen fallen. Sie müssen in mühsamer, zeitraubender Kleinarbeit Stück für Stück ausgehandelt werden. Der Wert, den ein spannungsfreieres Europa für unseren Kontinent und für die Welt bedeutet, verpflichtet uns, diesen Weg einzuschlagen. Eine realistische Haltung ist bei der Entspannungspolitik durchaus angebracht, nicht aber jener demonstrative Pessimismus, der den Gegnern der Zusammenarbeit von vorneherein die Entschuldigungsgründe für Störmanöver liefert.

Die jüngsten Zwischenfälle an der innerdeutschen Grenze beeinträchtigen und belasten das Verhältnis zur DDR. Die Handlungen der DDR stehen im klaren Gegensatz zum Grundlagenvertrag und zugleich zum Geist und Buchstaben der KSZE-Schlußakte. Aggressive Akte einzelner Staaten dürfen uns jedoch nicht dazu verleiten, das Konzept der realistischen Entspannungspolitik zu verlassen, ganz im Gegenteil. Die Solidarität der großen Mehrheit der Staaten die diese Politik unterstützen, muß eingesetzt werden, um den weiteren Spannungsabbau zu fördern. Diese Politik ist ein Prozeß, der auch Rückschläge kennt, aber es gibt keine verantwortbare Alternative.  
(-/2.8.1976/mie/e)

+ + +

Im Dienst der Sicherung des Friedens auf den Meeren

Globale Aufgaben der Dritten Seerechtskonferenz in New York

Von Horst Grunenberg MdB

Sprecher der Arbeitsgruppe Seerecht der SPD-Bundestagsfraktion

Am Montag wurde in New York die fünfte Runde der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen eingeleitet. Sie wird vom 2. August bis 17. September 1976 tagen und die Konferenzgegenstände - Ressourcenhohheit der Küstenstaaten über den Festlandssockel, internationale Nutzungsordnung für den küstenfernen Tiefseeboden, wissenschaftliche Meeresforschung und marinen Umweltschutz - mit Sicherheit in ihren vielschichtigen Verhandlungen ein wesentliches Stück voranbringen.

Die seit 30 Jahren mit großer Dynamik verlaufende Fortentwicklung des Seevölkerrechts von der Freiheit der Meere in ihrer überkommenen und klassischen Form zur Ressourcenhohheit von Küstenstaaten über ausgedehnte Küstenvorfelder und das erklärte Ziel der Staatenmehrheit (d. h. der Dritten Welt), im verbleibenden, nicht nationalisierten Teil der Meere den Meeresboden einer supranationalen Ordnung zu unterstellen, haben vielfältige Ursachen:

1. Wissenschaftliche Forschung und Fortschritte in den Meerestechnologien (die denen der Weltraumfahrt vergleichbar sind) ermöglichen Nutzungen der Meere in Formen und Tiefen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar schienen; 2. Die Staaten mit langen Küsten sind ohne Unterschied (und ungeachtet ihrer politischen und Gesellschaftssysteme oder ihrer Zugehörigkeit zur Dritten Welt) angetreten, ihre Hoheitsgewalt weit über das bisherige (und nach seiner ursprünglichen Festlegung der Reichweite einer frühneuzeitlichen Kanone entsprechende) Küstenmeer hinaus auszudehnen; 3. Die Dritte Welt als Ganzes drängt mit Entschiedenheit auf eine Revision des geltenden Seevölkerrechts mit dem Argument, sie sei an dessen Entstehung nicht beteiligt gewesen und könne aus seinem Fortbestand nur Nachteile gewärtigen.

Angesichts dieser Prämissen muß man davon ausgehen, daß es sich bei der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen nicht um eine Modifikationskonferenz klassischen Stils handelt. Sie verhandelt vielmehr vor dem Hintergrund weltpolitischer und wirtschaftspolitischer Entwicklungen, die nicht zuletzt durch die Umwälzungen im Gefolge des Zweiten Weltkrieges und der Ära der Dekolonisation gekennzeichnet sind. Für die Entwicklungsländer in der "Gruppe 77" (die über 110 Staaten umfaßt und damit über eine Zwei-Drittel-Mehrheit verfügt) ist die Seerechtskonferenz überdies ein Austragungsort ihres Forderungskatalogs zur Neuverteilung der Reichtümer der Erde. Die Mehrheitsverhältnisse würden es zulassen, daß die "Gruppe 77"

die Kontrolle der Rohstoffkonserven des Tiefseebodens durchsetzt.

Freilich ist dies der einzige Konferenzgegenstand, für den eine eindeutige, ideologische (Nord-Süd-) Frontstellung erkennbar ist. In allen übrigen Fragen, insbesondere bei der der 200-Seemeilen-Wirtschaftszone und der Ressourcenhoheit über den Festlandsockel, überdecken nationale, nicht zuletzt durch die geographische Lage bedingte Interessen die herkömmlichen Konstellationen. Dies gilt für das Nord-Süd-Verhältnis ebenso wie für die West-Ost-Beziehungen. So haben sich die durch gemeinsame Interessen der Hauptindustrielländer bedingten Übereinstimmungen in der Regel als stärker erwiesen als Blockbildungen oder ideologische Gegensätze und zu häufiger Zusammenarbeit in wichtigen Fragen geführt. Auf der anderen Seite gab und gibt es immer wieder Meinungsverschiedenheiten zwischen EG- und NATO-Partnern, wenn es um die Vertretung von nationalen Sonderinteressen geht.

Gruppenbildungen, die auf Interessenübereinstimmungen beruhen, haben die Hauptschiffahrts- und -forschungsnationen ebenso zusammengeführt wie die zur Tiefseebodenausbeutung technologisch befähigten Länder und zu konkreten Sachaussagen unterhalb der Ebene der offiziellen Konferenzabschlüsse beigetragen. Die Langküstenstaaten finden in der Evensen-Gruppe (genannt nach dem norwegischen Seerechtsminister Jens Evensen) ihre Interessenvertretung, während die Binnen- und geographisch benachteiligten Staaten sich in einem eigenen Klub zusammengeschlossen haben. Eine Kerngruppe des I. Ausschusses der Konferenz (Nutzungsordnung für den Tiefseeboden) hat in Zusammenarbeit zwischen gemäßigten Entwicklungsländern und Industriestaaten den ernstzunehmenden Versuch unternommen, die Streitfrage in einem für beide Seiten akzeptablen und praktikablen Kompromiß zu entschärfen.

Aus alledem wird deutlich, daß, der schwierigen Materie entsprechend, in einem komplizierten Geflecht von Inter- und Intragruppenverhandlungen sich Kompromißbereitschaft zeigt und der Wille zu einem positiven Ende der Seerechtsverhandlungen zunehmend sichtbar wird. Es muß deutlich gesehen werden, daß die Konferenzaufgabe, eine umfassende, Konflikte vermeidende Neuordnung der Rechts- und Nutzungsverhältnisse an den Weltmeeren einvernehmlich zustandezubringen, eine vordringliche Jahrhunderaufgabe ist. Sollte man an ihre scheitern, stünde einer grundsätzlichen, machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen Konferenzmehrheiten und den die Realität auf den Meeren bestimmenden Mächten, ja blanker Anarchie zur See Tür und Tor offen. Denn der großangelegte Versuch einer umfassenden Reform des Seevölkerrechts wäre damit keineswegs beendet. Er würde in nationalen Aktionen der Selbstdruckerzeugung seine Fortführung finden und statt einer weltweit gültigen und verbindlichen Lösung der nationalen und internationalen Rechte am Meer und am Meeresboden in einem Chaos buntscheckiger, einseitig erklärter und willkürlich begründeter Ansprüche enden. Für die beiden Supermächte würde eine solche Entwicklung Möglichkeiten und Zwangslagen zu regionalem und globalem Kräfteveressen schaffen, die den Frieden auf den Meeren auf Dauer gefährden.

(-/2.8.1976/mie/e)

+ + +

### Entlastungsversuch für Erich Honecker?

#### Zur Prüfung der Beweggründe für die Moskauer Angriffe

Eine weitgespannte Prüfung der Gründe, die den KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnjew, sein Partei-Zentralorgan "Prawda" und den Moskauer Staaterrundfunk zu den unfreundlichen Äußerungen gegen die Bundesrepublik bewegen haben mögen, darf auch die Überlegung nicht außer acht lassen, daß es sich dabei um einen Entlastungsangriff Moskaus zugunsten seines herausragenden Verbündeten DDR handeln könnte.

Erich Honeckers Staat ist in den nüchternen Zwischenbilanzen, die ein Jahr nach der Helsinki-Unterschrift unter das KSZE-Dokument weltweit angestellt worden sind, nicht besonders gut weggekommen. Die Berliner Mauer und der sich entlang der gesamten deutsch-deutschen Grenze ziehende Todesstreifen erweisen sich in einem Europa, das sich den gemeinsam erarbeiteten und beschlossenen Prinzipien der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit öffnet und öffnen muß, wenn von vornherein jede Art von gefährlicher und den Frieden bedrohender Entwicklung außer Kraft gesetzt werden soll, mehr und mehr als bedrohlicher Anachronismus, der sich eindeutig gegen Ostberlin selbst richtet. Die menschenverachtende Brutalität, mit der diese Grenze unter totaler Außerachtlassung und Mißachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der Mittel mit scharfem und gezieltem Schuß gegen Leichtsinnige oder Unbedachte "geschützt" wird, paßt einfach nicht mehr in eine Welt, die sich in Helsinki expressis verbis der Entspannung zur Sicherung des Friedens verschrieben hat.

So ist die Mauer, um sie als pars pro toto zu nennen, zum Anlaß der unentwegten und unerbittlichen Frage an die DDR geworden, wie sie

es dann mit der Entspannung und mit den Prinzipien von Helsinki hält? An der dauernden Gültigkeit dieser Frage ändert sich auch durch die Äußerungen von Breschnejew, der "Prawda" und von "Radio Moskau" nichts, weil hier der Versuch unternommen wird, tatsächliche Verletzungen oder gar Bedrohungen der Grenze zu konstruieren und die gerade unter Buchstaben- und Sinn-Beachtung der Grundsätze von Helsinki selbstverständlichen Proteste der Bundesrepublik und ihre Ankündigung, diese Menschenrechtsbeeinträchtigungen vor das Weltforum der UNO zu bringen, in eine "Verleumdungskampagne" gegen die DDR umzudeuten.

Die DDR ist unter doppeltem moralischen und damit auch politischen Druck geraten. Einmal, das wurde schon gesagt, sind die von allen Seiten angestrebte Entspannung in Europa und diese "Mauer" nicht mehr auf einen Nenner zu bringen, und zweitens beginnen sich die Prinzipien und Hoffnungen der KSZE schließlich auch in der DDR innenpolitisch auszuwirken. Wenn man vor allem in Ostberlin daran geglaubt haben sollte, daß man die KSZE als ein politisches Mittel insbesondere gegen die Bundesrepublik ausnützen könnte, ohne daß man selbst in den unsaufhalt-samen Sog dieser KSZE-Grundsätze gerät, die man doch selbst mitgefordert, unterschrieben und bejubelt hat, dann muß man jetzt mit sich selbst höchstkritisch zu Rate gehen.

Der Schuldige für die doch von jedermann, der guten Willens ist und sein will, erwarteten Folgen von Helsinki ist jedenfalls nicht die Bundesrepublik, und daher bringt der Moskauer Entlastungsangriff für Erich Honecker auch keinen handgreiflichen Gewinn für ihn und den Osten, zumal niemandem daran gelegen sein kann und darf, die doch gerade auch nach sowjetischer Ansicht unumdrehbare Entspannung in einen neuen Kalten Krieg zurückzuführen: mit allen unübersehbaren Folgen.

Nüchterne Politiker sehen ganz klar die Problematik der zwischen-deutschen Grenze, die schwierig und auch in der zeitlichen Folge nicht zuerst lösbar ist. Man wird aber die Lösung aller anderen Fragen nicht davon abhängig machen können. Das wäre ein großer Schritt zurück in die 50er Jahre. Festzustellen bleibt aber in aller Deutlichkeit und Eindringlichkeit: Die Eskalation an der deutsch-deutschen Grenze durch das Verhalten der DDR muß die KSZE-Folgekonferenz von Belgrad belasten. (e/2.8.1976/bgy/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert